

«Blindwütige Sparpolitik»

Grossräte äussern sich zu Aussagen der Baselbieter Regierung

Von Serkan Abrecht

Basel. «Wir wollen die 50-prozentige Uni-Finanzierung nicht mehr akzeptieren.» Mit dieser Aussage erteilte der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) den Stadtbaslern eine Ohrfeige. Lauber kritisiert damit direkt den Univertrag mit Basel-Stadt.

Laubers harsche Polemik sorgt bei Basler Grossräten für Empörung: «Das macht doch keinen Sinn», sagt LDP-Präsidentin und Grossrätin Patricia von Falkenstein. «Lauber will die Uni nicht mehr zu 50 Prozent unterstützen, aber eine 50:50-Parität im Uni-Rat beibehalten. Das geht so nicht.»

Sie stört sich auch am «angriffigen Ton» seitens der Baselbieter. FDP-Landrat Marc Schinzel forderte in seiner Rede, dass man in der Stadt den bisher geleisteten Finanzbeitrag der Baselbieter mit grösster Dankbarkeit «preisen»

solle. «Man sollte das Baselbiet vielleicht wieder daran erinnern, dass sie von uns eine 80-Millionen-Finanzhilfe erhalten», sagt von Falkenstein dazu.

«Unrealistische Zahlen»

Konkret fordern die Baselbieter Bürgerlichen die Kosten neu 65:35 aufzuteilen. «Diese Kostenaufteilung erachte ich aus verschiedenen Gründen als nicht realistisch», sagt CVP-Grossrat Oswald Inglin. Die Forderung und das Säbelrasseln der Baselbieter Magistraten Gschwind (FDP) und Lauber hält Inglin für einen taktischen Stellungsbezug. Er hofft entsprechend, dass deren Forderungen bei der Aussprache mit den Verantwortlichen von Basel-Stadt nicht umgesetzt werden und eine akzeptable Lösung gefunden wird.

Der Grünen-Grossrat Thomas Grosenbacher bemängelt die Sicht seiner Landratskollegen auf die Wertschöpfung

der Uni. «Anstatt dass im Landrat endlich die Wertschöpfung der Uni für unsere Region anerkannt wird, und entgegen der Tatsache, dass die Uni ihre Arbeit auch bezüglich der geforderten Sparvorschläge gemacht hat, stellt der Landrat mit seiner blindwütigen Sparpolitik die Uni weiterhin aufs Spiel.» Lieber werde die Uni im Landrat als ineffizient dargestellt, als dass man sich auf Fakten abstütze und gemeinsam mit allen Beteiligten intelligente Lösungen suche.

FDP-Bildungspolitiker Stephan Mumenthaler hält sich mit Kritik an seinen Baselbieter Kollegen zurück, die Art wie die Uni-Debatte geführt wird, findet aber auch er falsch. «Eine öffentliche Diskussion sollte stattfinden, wenn ein gemeinsamer Vorschlag auf dem Tisch liegt. Vorher ist es nicht fruchtbar, sondern führt zu verhärteten Positionen und schwierigeren Verhandlungen.»